

# Der Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft in Deggendorf

## Deggendorfer Geschichte (47) – 1933 - Gleichschaltung und Beseitigung der Demokratie

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident von Hindenburg unter dem Einfluss des deutschnationalen Politikers von Papen Adolf Hitler zum Reichskanzler. Damit wurde den Nationalsozialisten der Zugang zu den Schaltstellen der Macht im Deutschen Reich geöffnet. Hitler und seine NSDAP nutzten diese Möglichkeit, um die junge Demokratie zu zerstören und ihre totale Herrschaft bis in das kleinste Dorf, bis in den letzten Verein durchzusetzen.

Wie kam es, dass sich auch in Deggendorf die Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft relativ reibungslos vollzog? In einer Stadt, in der die NSDAP vor 1933 bei Wahlen nie die Mehrheit und nie die Lufthoheit über den Stammtischen besaß, in einem Ort, wo der tief verwurzelte Katholizismus eigentlich ein starkes Gegengewicht bildete.

Auch hier schaffte es die NSDAP mit einer Kombination aus unverhülltem Druck und demagogischer Verführung, unter Ausnutzung von Illusionen über den wahren Charakter ihrer Politik, unter geschickter Anknüpfung an die Bereitschaft vieler bürgerlicher Kräfte zum Überlaufen und ihres Bestrebens in Amt und Würden zu bleiben im Laufe des Jahres 1933 alle anderen politischen Kräfte auszuschalten.

Bis zur Reichstagswahl am 5. März waren noch Aktivitäten der Hitlergegner in Deggendorf zu spüren: Demonstrationen der SPD und der KPD sowie Versammlungen der Bayerischen Volkspartei (BVP). Aber die Zeitungen waren schon voll von Berichten über Übergriffe und Randalen der Nationalsozialisten in der näheren Umgebung und in der Stadt selbst. Bürgermeister Reus stellte angesichts der zugespitzten Lage eine Notpolizei zusammen, deren Augenmerk gegen links gerichtet war, was sich schon daran zeigte, dass sie den Auftrag hatte, besonders den Engelwirt, dessen Wirtschaft das Stammlokal der SPD war, zu beobachten.

Nach der Reichstagswahl, bei der die NSDAP im Reich 44 Prozent der Stimmen und mit ihrem Bündnispartner DNVP (8 %) eine knappe Mehrheit erreichte, die durch die Aberkennung der 81 kommunistischen Reichstagsmandate zu einer komfortablen gemacht wurde, begann die Gleichschaltung der Kommunalparlamente. Ohne Neuwahl wurde verfügt, dass diese nach dem Ergebnis der Reichstagswahl neu zusammen gesetzt werden müssten.

Für Deggendorf, wo auch am 5. März die NSDAP trotz enormen Stimmenzuwachses in der Minderheit geblieben war, bedeutete das 7 Sitze für die BVP, 6 für die NSDAP, 2 für die SPD. Doch bereits vor dieser Gleichschaltung ernannte der alte 1929 gewählte Stadtrat (9 Sitze BVP, 3 SPD, je 2 NSDAP und KPD und 4 Interessengruppen) am 24. März in vorausgehendem Gehorsam Hitler und Hindenburg „in Würdigung ihrer großen, unvergänglichen Verdienste um Deutschlands nationale Wiedererweckung“ zu Ehrenbürgern. Gleichzeitig wurde die Graflinger Straße in Adolf-Hitler-Straße umbenannt. Die Abgeordneten von SPD und KPD waren bei dieser Abstimmung nicht anwesend. Für die bürgerlichen Stadträte spielte bei dieser Entscheidung die aus der unverdauten Niederlage im Ersten Weltkrieg und der Ablehnung des Versailler Vertrages gespeiste Erwartung eine Rolle, „dass wir nach der nationalen Stagnation der Jahre 1918 – 1933 nunmehr einer neuen und

schöneren deutschen Zukunft entgegen gehen“, wie es im Stadtratsbeschluss hieß. Dabei wurde über den bereits begonnenen Abbau der Demokratie hinweggesehen, wie sie sich nicht zuletzt in zahlreichen Verhaftungen zeigte, von denen jeder aus Presseberichten wusste. Am 1. April fand auch in Deggendorf der erste von der SA organisierte Boykott der jüdischen Geschäfte statt.

Es war daher nicht verwunderlich, dass die selbst nach den neuen Bestimmungen noch bestehende Mehrheit der nicht nationalsozialistischen Kräfte im Stadtrat bereits auf dessen konstituierender Sitzung am 23. April aus der Hand gegeben wurde. Dabei wurde nichts dem Zufall überlassen, wie ein im Stadtarchiv vorhandenes Drehbuch für den Ablauf der Sitzung belegt.

Obwohl die BVP stärkste Fraktion war, verzichtete der 2. Bürgermeister Josef Schneider zugunsten der NSDAP auf diesen Posten. Gewählt wurde der Diplom-Ingenieur SA-Standartenführer Hans Graf, der seit Januar 1933 die treibende Kraft für die Gleichschaltung aller Bereiche des öffentlichen Lebens in Deggendorf war. Er betonte auch zugleich, dass „rückhaltloses Zusammenstehen mit Reichs- und Landesregierung selbstverständliche Voraussetzung für eine gedeihliche Zusammenarbeit“ sei. „Wer hier Bedenken trägt, mit dem ist keinerlei Zusammenarbeit möglich.“ Reus stellte die Vertrauensfrage. Dabei wurde ihm vom NSDAP-Fraktionsführer, dem Buchdrucker Sebastian Weiß, der Eintritt in die NSDAP angetragen. Reus erklärte sofort „frei und unbelastet“ seinen Eintritt in die NSDAP, wie es in den vorbereitenden Materialien auf die Sitzung vorgesehen war. Auch Stadtrat Schneider von der BVP, von Reus' bisheriger Partei, billigte diesen Schritt. SPD-Stadtrat August Heckscher sprach Reus das Vertrauen aus, ohne auf seinen Eintritt in die NSDAP einzugehen. Es folgte noch die Verleihung der Ehrenbürgerschaft an den von Hitler eingesetzten Reichsstatthalter Ritter von Epp und die Umbenennung des Pferdemarktes in Ritter-von-Epp-Platz.

Mit seiner Entscheidung als nunmehriges NSDAP-Mitglied im Amt zu bleiben, trug Anton Reus wesentlich dazu bei, dass sich die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deggendorf ohne große Erschütterungen vollzog. Auch die BVP-Stadträte unterlagen einer verhängnisvollen Illusion. Nach der Aberkennung der Sitze der beiden SPD-Stadträte nach angeblich freiwilligem Verzicht, wurden auch sie nicht mehr benötigt. Die sieben BVP-Stadträte wurden in Schutzhaft genommen und unterzeichneten danach gleichlautende Verzichtserklärungen auf ihre Mandate „auf Grund der eingetretenen politischen Veränderungen“. Für sie traten alte und neue NSDAP-Mitglieder in den Stadtrat ein. Wie groß der ausgeübte Druck war, geht aus einem bewegenden Brief des Stadtrats Josef Burger hervor, den er nach seiner Rückkehr aus der Haft an Reus schrieb: „Man hat mich geächtet, ich kann nicht mehr“.

Obwohl er mit ansehen musste, wie seine treuen Kampfgefährten aus der BVP erniedrigt wurden, wie bewährte Beamte der Stadtverwaltung auf Grund des Gesetzes „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ entlassen wurden und sein Eintreten für Verhaftete von wenig Erfolg gekrönt war, blieb Reus solange im Amt, bis ihn die NSDAP nicht mehr benötigte. Am 31. Oktober musste er zurücktreten, weil der inzwischen nur aus NSDAP-Mitgliedern bestehende Stadtrat es für erforderlich hielt, dass „die Vertretung der Stadt gegenüber den Behörden usw.- durch einen alten Parteigenossen der NSDAP“ erfolge. Sein Nachfolger wurde bis 1945 Graf.